

Zeitschrift: Curaviva : Fachzeitschrift
Herausgeber: Curaviva - Verband Heime und Institutionen Schweiz
Band: 79 (2008)
Heft: 1

Rubrik: Kurzmitteilungen

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 25.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Kurzmitteilungen

■ Barbara Steiner

Welt

Behinderte Menschen immer noch diskriminiert

Gemäss einem neuen Bericht der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) besteht ein starker Zusammenhang zwischen Behinderung und Armut. Fast 80 Prozent aller behinderten Menschen leben in Entwicklungsländern. 426 Millionen von ihnen leben unter der Armutsgrenze und gehören oft zu den 15 bis 20 Prozent der Ärmsten dieser Länder.

Die ILO fordert stärkere Anstrengungen zur Förderung der Integration von Behinderten in der Arbeitswelt, in den Programmen zur Bekämpfung der Armut und in ländlichen Gebieten. Zu den Problemen, mit denen behinderte Menschen konfrontiert seien, gehöre die «Abschiebung» in wenig qualifizierte und schlecht bezahlte Arbeitsplätze oder die Untervertretung auf der Führungsebene.

Zudem sei Behinderten oft der Zugang zu Arbeitsorten, Wohnungen und Verkehrsmitteln verwehrt. Und bei Arbeitskollegen, Arbeitgebern und in der Öffentlichkeit stiessen sie auf Vorurteile. Laut ILO wird die vor einem Jahr unterzeichnete UNO-Konvention für die Rechte behinderter Personen die Anstrengungen auf nationaler und internationaler Ebene verstärken.

Die Organisation erhofft sich davon neuen Schwung zur Beseitigung der Diskriminierungen wegen Behinderungen.

Bieler Tagblatt online

Welt

Roboter für die Pflege

Geht es nach dem Chef von Japans grösstem Autohersteller Toyota, Katsuaki Watanabe, werden Anfang des kommenden Jahrzehnts kleine Toyota-Roboter den Menschen daheim,



in Heimen und Fabriken helfen und durch die Städte rollen. «Wir wollen die Entwicklung von Robotern, die dem Menschen im Alltag helfen, in eines unserer Kerngeschäfte verwinden», sagte Katsuaki Watanabe.

Dazu will er in den kommenden drei Jahren die Zahl von Toyotas Roboterentwicklern auf 200 verdoppeln und ein Entwicklungszentrum bauen. Ab 2008 sollen Feldversuche in Unterhaltungszentren und Krankenhäusern beginnen. Nach den Erfahrungen will der Konzern entscheiden, mit

welchen Robotern er die Welt erobern will. Toyotas Vorstoß unterstreicht den Glauben der japanischen Gesellschaft, mit menschenähnlichen Robotern die Probleme der alternden Gesellschaft wie Pflege, Mobilität und Kommunikation lösen zu können.

Basler Zeitung

Schweiz

Infos für Studierende mit Behinderung

Jeder zehnte Studierende ist behindert. Noch immer ist es an Hochschulen aber keine Selbstverständlichkeit, diese Menschen zu integrieren. Fehlende Aufzüge, zu schmale Türen oder nicht vorhandene Höranlagen seien nur einige Beispiele, die Studierenden mit Behinderungen das Studium erschweren, schreibt die Interkantonale Hochschule für Heilpädagogik (HfH) in einer Mitteilung. Vor allem an Fachhochschulen bestehe Nachholbedarf. Mit einem Internetauftritt will die HfH mithelfen, strukturellen Behinderungen entgegenzuwirken.

Der Auftritt bietet Informationen und soll für den Umgang mit Behinderungen sensibilisieren. Studierende sollen ermutigt werden, von ihrem Recht auf eine gleichberechtigte Behandlung Gebrauch zu machen. Zudem orientiert er über Dienstleistungen und Hilfsmittel, die Hindernisse im Studienumfeld reduzieren.

Die Adresse: www.inclusion-hfh.ch
Bieler Tagblatt online

Schweiz

Durchschnittlich 1000 Tage

Nur ein Prozent der Männer und zwei Prozent der Frauen im Alter von 65 bis 79 Jahren leben in Pflegeheimen. Bei den Männern und Frauen über 80 Jahre steigen diese Anteile auf 12 Prozent beziehungsweise 22 Prozent an. Bei den über 95-jährigen Personen lebt die Hälfte im Pflegeheim. 70 Prozent der Bewohnerinnen



und Bewohner sind Frauen, und eine von vier Personen ist über 90 Jahre alt. Die durchschnittliche Aufenthaltsdauer der Personen in den Pflegeheimen beträgt 992 Tage. Dies sind einige Resultate aus der provisorischen Statistik der sozialmedizinischen Institutionen 2006, die das Bundesamt für Statistik (BFS) veröffentlicht hat. Die komplette Statistik ist zu finden auf www.statistik.admin.ch. Die definitive Fassung erscheint im Februar 2008.

Bundesamt für Statistik

Schweiz

Konferenz HF fordert Freizügigkeit

Der Vorstand der neu gegründeten Konferenz der Höheren Fachschulen der Schweiz (Konferenz HF) hat das Aktionsprogramm für das Jahr 2008



verabschiedet. Darin wird die freie Wahl des Studienortes für Studierende an Höheren Fachschulen ohne finanzielle Nachteile gefordert. Als dringend erachtet die Konferenz HF die Titelfrage. Sogar Bildungspolitikern mache die Unterscheidung FH – HF grosse Mühe, was auch verständlich sei. Es müssten Titel gefunden werden, die den Absolventen von Höheren Fachschulen der Schweiz auch international eine gute Startchance geben. Dazu brauche es auch aussagekräftige englische Übersetzungen. Für die Lehrpersonen will die Konferenz HF ein Akkreditierungssystem aufbauen. Dieses soll Fachleuten helfen, sich die notwendigen pädagogisch-didaktischen Befähigungen zu holen, um als Lehrperson zum Unterricht an einer HF zugelassen zu werden. Die notwendigen Unterrichtsmodule können von verschiedenen Institutionen wie dem Eidgenössischen Hochschulinstitut für Berufsbildung EHB oder der Akademie für Erwachsenenbildung aeb angeboten werden.

Medienmitteilung Konferenz HF

Schweiz

Siedlungsräume für alternde Gesellschaft

Die Massierung älterer Menschen in den Agglomerationen, deren Infrastruktur für Familien mit Kindern ausgelegt ist, stellt die Schweiz ebenso vor Probleme wie das veränderte Mobilitätsverhalten der Senioren oder deren Ansprüche an die Gestaltung des öffentlichen Raums. An einem Treffen des Forschungsprojekts «UrbAging» berieten in Lugano Mediziner, Ergotherapeuten, Raumplaner, Architekten, Politikerinnen sowie Vertreter von Alters- und Behindertenorganisationen darüber, wie die «città del futuro», dieser von soziodemografischen Faktoren determinierte urbane Raum, auszusehen habe. Eine altersgerechte «Zukunftsstadt» sollte ebenso über eine gute Erschliessung durch den

öffentlichen Verkehr wie einen möglichst hindernisfreien öffentlichen Raum verfügen. Letzteres ist eine alte Forderung der Behindertenverbände, die durch die mit dem demografischen Wandel einhergehende Änderung der Mehrheitsverhältnisse ungleich mehr Gewicht bekommen könnte. Am stärksten überaltert sind hierzulande jedoch nicht die urbanen Zentren, sondern die Agglomerationen. Wie Untersuchungen der Zürcher Geografin Corinna Heye (Universität Zürich) und Joris E. Van Wezemael (ETH Zürich) zeigen, weisen die Quartiere am Stadtrand und die Gemeinden des ersten Agglomerationsgürtels die älteste Bevölkerung auf. Die Überalterung breite sich mit fünf Jahrzehnten Verspätung ringförmig von der Stadt ins Umland aus, schreiben Heye und Wezemael. Die über 50-Jährigen ziehen häufiger aus der Stadt ins Umland als umgekehrt. Als Folge davon entspricht die Infrastruktur der Vorortsgemeinden, ursprünglich für Familien mit Kindern konzipiert, nicht mehr den Bedürfnissen der Bewohnerschaft. Statt Schulhäuser sind nunmehr Alterswohnungen gefragt, und Geschäfte sollten nicht nur per Auto, sondern mit öffentlichen Verkehrsmitteln beziehungsweise zu Fuß erreichbar sein.

Neue Zürcher Zeitung

Basel-Stadt

Protest gegen Klassenabbau

Vor drei Jahren verfügte das Erziehungsdepartement, dass die Kleinklassenschüler der Orientierungsschule (OS) in die Regelklassen integriert werden. Seither baut Bruno Gadola, Rektor für Kleinklassen und integrative Schulformen, die Basler Schule grundlegend um. Sein Ziel: eine integrative Volksschule für alle, auch für die «verhaltensoriginellen» Schülerinnen und Schüler, die früher schlicht als «Problemfälle» bezeichnet wurden. Ob die Integration von bisher

über 200 Kleinklassenschülern an der OS funktioniert, kann niemand genau sagen. Die Studien des Erziehungsdepartements und der Hochschule für Heilpädagogik in Zürich sind erst im Frühjahr fertig. Trotzdem sind die Basler Schulbehörden jetzt schon daran, ihr Integrations-Experiment auf die Primarschule und die WBS zu übertragen. Damit setzen sie sich auch über den Widerstand der Lehrkräfte hinweg. Im Frühjahr hatte die Freiwillige Schulsynode mit einer Resolution einen «Marschhalt» gefordert. «Die Integrationsfähigkeit einiger Klassen ist am Limit oder schon überschritten», sagt Beat Siegenthaler, Präsident der Freiwilligen Schulsynode. Einige Regellehrkräfte seien mit den ehemaligen Kleinklassenkindern überfordert, sagt Eveline Sutter, Schulleiterin WBS Kleinklassen am Bäumlihof. Die Folge sei ein Chaos in den Schulzimmern, ergänzt ein Heilpädagoge, der namentlich nicht genannt werden will. Urs Keller, Heilpädagoge und Mitglied des Kleinklassen-Konferenzvorstandes, kennt das Problem: «Integration ist gut, aber nicht unbedingt für jeden Schüler das Richtige.» Trotz Bedenken hält das Erziehungsdepartement eine öffentliche Debatte über das neue System für überflüssig. Laut Gadola ist der integrative Unterricht ein gesamtschweizerischer Trend, dem sich die Kantone nicht entziehen könnten.

Basler Zeitung

Thurgau

Sonderschulung neu beim Kanton

Mit der Umsetzung der NFA per Anfang 2008 geht die ganze Organisation der Sonderschulung sowie deren Finanzierung in die Hand der Kantone über. Im Thurgau zieht dies eine total revidierte Sonderschulverordnung und diverse neue Vereinbarungen nach sich, die der Regierungsrat nun genehmigt hat. Die neuen Regelungen verstehe er in erster Linie als Übergangslösung, da der gesamte sonder-

pädagogische Bereich, wovon die Sonderschulung ein wichtiger Teil ist, aufs Jahr 2010 hin einer Gesamtüberprüfung unterzogen wird. Für die Jahre 2008 und 2009 gehe es darum, eine Lösung bereitzustellen, mit der die bisherige Sonderschulung inhaltlich fortgeführt wird und die in finanzieller Hinsicht den neuen Verhältnissen Rechnung trage. Augenfällige Neuerungen bringt die Verordnung beim Kostendeckungssystem. Das bisherige Verfahren wird durch ein einfacheres Tarifsystem abgelöst. Die Verordnung sieht zudem vor, dass der Kanton mit Thurgauer Sonderschulen, die er für die Erfüllung des Sonderschulauftrags braucht, Leistungsvereinbarungen abschliesst. Mit Einführung der NFA zieht sich die Invalidenversicherung aus der Sonder schulfinanzierung zurück. Der Kanton übernimmt die bisherigen Sonder schulaufwendungen des Bundes.

Thurgauer Zeitung online

Thurgau

Vertrag aufgelöst

Mit der Standortgemeinde haben Uttwil, Salmsach, Egnach, Kesswil und Dozwil beschlossen, den seit 1975 gültigen Vertrag über den gemeinsamen Betrieb des Regionalen Pflegeheims Romanshorn auf Ende Jahr zu kündigen. Ausgangslage für den Kooperationsvertrag war die Verpflichtung der Gemeinden, ihren Bürgern eine ausreichende Anzahl an Alters- und Pflegeplätzen bereitzustellen. Seit 1989 die Subventionsregeln geändert wurden und 1994 das KVG in Kraft trat, gelten auch auf diesem Sektor die Regeln des freien Marktes. «Alters- und Pflegeheime müssen sich seitdem selbst finanzieren. Es besteht inzwischen ein offener Markt mit Alters- und Bürgerheimen sowie zahlreichen von den Krankenkassen anerkannten Anbietern. Für die Gemeinden besteht vielerorts kein Grund mehr, selber Heime zu betreiben», begründet der

Romanshorner Gemeindeammann Norbert Senn den Entschluss der sechs Trägergemeinden, den Vertrag in gegenseitigem Einvernehmen zu kündigen. Die Gemeinde Romanshorn arbeitet zurzeit ein neues Trägerreglement für das Pflegeheim aus, das am 1. Januar 2009 in Kraft treten soll. Aufsicht und Führung sollen in Zukunft getrennt sein und die Kompetenzen der Heimleitung neu definiert werden. Für Bewohnerinnen und Bewohner, Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter ergeben sich aufgrund der neuen Organisationsform keine Veränderungen.

St. Galler Tagblatt

St. Gallen

Schuldunfähig freigesprochen

Das Kreisgericht hat einen behinderten Mann wegen Schuldunfähigkeit freigesprochen. Er hat einen Heimmitbewohner erwürgt. Gemäss Gerichtsurteil muss der 25-Jährige wöchentlich in die Psychotherapie. Mindestens drei Tage pro Woche muss der junge Mann an seinem jetzigen Arbeitsplatz in einem sozialtherapeutischen Heim in Uzwil arbeiten. Sobald das im Umbau befindliche Heim Platz hat, muss der Behinderte dort wohnen. Der junge Mann wird von der Bewährungshilfe begleitet und unterstützt. Die angeordneten Massnahmen stellten sicher, dass der geistig und körperlich Behinderte nicht wieder straffällig werde, begründet das Gericht sein Urteil.

Zürichsee-Zeitung

Zürich

Behinderte bangen um ihre Arbeit

Seit Jahren stellen Behinderte in den beiden Betrieben der Genossenschaft Werkstätte und Wohnheim für Behinderte Rotacker in Wallisellen und Fehrltorf Alu-Bilderrahmen für Grossverteiler her. Das Ende dieses Auftrags stellt die Werkstätten vor

Probleme. «Es geht nicht so sehr um die finanziellen Ausfälle, sondern vielmehr darum, wie wir die von uns betreuten Menschen in Zukunft sinnvoll beschäftigen können», erklärt Geschäftsführer Bruno Langhart. In den beiden Betrieben arbeiten 60 geistig oder psychisch behinderte Menschen. Über die Hälfte von ihnen beschäftigte sich neben zahlreichen kleineren Aufträgen in den letzten Jahren hauptsächlich mit der Produktion kompletter Bilderrahmen aus Aluminium. Im Auftrag der Swiss Vario AG waren die Rahmen an Schweizer Grossverteiler geliefert worden. «In den besten Jahren haben wir jährlich bis zu 400 000 Rahmen produziert, dieses Jahr waren es nur noch 200 000», so Langhart. Grund: Die grösste Abnehmerin, die Migros, wird die Rahmen nicht mehr vertreiben. «Wegen der steigenden Preise für Aluminium sind sie zu teuer geworden.» Noch vor drei Jahren nahm die Genossenschaft mit der Rahmenproduktion rund 340 000 Franken ein. Im vergangenen Jahr waren es nur noch 260 000 Franken, und heuer wird sich die Summe noch einmal fast halbieren. Das ist zu wenig, um die nötige Infrastruktur in den Werkstätten aufrechtzuerhalten. Damit auch künftig 60 Behinderte beschäftigt werden können, sucht Langhart nun nach neuen Aufträgen. Gelingt ihm das nicht, müsste er in Wallisellen und Fehrlitorf Betreuungsplätze abbauen und behinderte Angestellte, sofern möglich, an andere Institutionen überweisen. «So etwas wäre für viele dieser Menschen sehr belastend.» Langhart wandte sich mit einem Brief an die Gewerbetreibenden. Er hofft, die lokale und regionale Wirtschaft zur Zusammenarbeit bewegen zu können. «Denn geistig oder psychisch Behinderte können fast alle Arbeiten erledigen, für die Angestellte in der Privatwirtschaft überqualifiziert und zu teuer sind.»

Zürcher Unterländer

Zürich

Auszeichnung für drei Projekte

Im Rahmen des diesjährigen Projektwettbewerbs der Heinrich & Erna Walder-Stiftung hatte die Jury 36 noch nicht realisierte Ideen, Konzepte und Projekte aus dem Kanton Zürich aus dem Bereich Wohnen im Alter zu beurteilen. Mit dem ersten Preis und 40 000 Franken wurde das Projekt



«Modell Nüeri» der Gemeinde Nürendorf ausgezeichnet. Auf Platz zwei (25 000 Franken) folgte das Projekt «Mehrgenerationenhaus» der Genossenschaft für selbstverwaltetes Wohnen (Gesewo) in Winterthur, auf Platz drei (10 000 Franken) «Neues Licht für Menschen mit Demenz» der Sonnweid AG in Wetzikon. Bei der Entwicklung des «Modells Nüeri» hat eine Arbeitsgruppe die Aspekte Gesundheit, Aktivität, Sicherheit und Wohlbefinden im Leben älterer Menschen durchleuchtet. Aus den Ergebnissen hat sie die folgende Zielsetzung erarbeitet: Erreichen eines längstmöglichen Aufenthalts im eigenen Zuhause, Sicherstellung von Wohnalternativen für begleitetes Wohnen im Dorfzentrum, kompetente Beratung und Information von Senioren, aktive Gesundheitsförderung und Unfallverhütung, Notfall-Bereitschaft rund um die Uhr, professionelle Pflege und Betreuung nach Bedarf an 365 Tagen während 24 Stunden sowie kurz- oder langfristige Pflegeaufenthalte in der Region. Das «Mehrgenerationenhaus» wollen rund 40 Personen aller Altersgruppen aus der Region Winterthur realisieren. Das zwanglose Miteinander und die Nachbarschaftshilfe sollen darin ebenso

selbstverständlich sein wie die Erfüllung individueller Wohnbedürfnisse. Das Projekt «Neues Licht für Menschen mit Demenz» hat die Entwicklung und Durchführung eines Licht- und Beleuchtungskonzepts, welches sich an der eingeschränkten Sehfähigkeit alter Menschen orientiert, zum Ziel. Besondere Betrachtung erfährt dabei der biologische Schlaf-Wach-Rhythmus.

Medienmitteilung Heinrich & Erna Walder-Stiftung

Zürich

Psychiatriestation für Jugendliche eröffnet

In der IPW (Integrierte Psychiatrie Winterthur) Klinik Schlosstal ist eine Station mit zwölf Plätzen zur Behandlung psychisch kranker Jugendlicher eröffnet worden. Die neuen Behandlungsplätze werden laut Gesundheitsdirektor Thomas Heiniger dringend benötigt. Bis jetzt mussten Jugendliche mit psychischen Problemen aus Bettentmangel häufig in Erwachsenenstationen untergebracht werden. Dort kann naturgemäß nur wenig auf ihre Bedürfnisse eingegangen werden. Mit der neuen Adoleszentenstation erhöht sich die Zahl der Betten im Kanton von 18 auf 30. Die Akutstation nimmt Jugendliche beiden Geschlechts zwischen 14 und 18 Jahren auf. Die Zuweisung erfolgt rund um die Uhr durch den Kinder- und Jugendpsychiatrischen Dienst (KJPD). Dadurch sollen die Bettenkapazitäten im Kanton optimal ausgelastet werden und Jugendliche jeweils auf sie zugeschnittene Behandlungen erhalten. Den Auftrag für die Realisierung der Station hatte der Regierungsrat im Februar 2007 erteilt. Der Betrieb der Spezialstation kostet 2,1 Millionen Franken im Jahr. Diese Kosten werden aber fast total kompensiert durch 1,1 Millionen Franken Mehreinnahmen und eine Entlastung der Erwachsenenpsychiatrie um rund eine Million Franken.

Der Landbote